

Redebeitrag
Plenum, 23.01.2017
Dok. 163 – Dekretentwurf zur Vereinfachung der LBAs
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn wir hier über die lokalen Beschäftigungsagenturen, die so genannten LBAs reden, dann reden wir über Beschäftigungspolitik.

Daher möchte ich zu Beginn kurz einen allgemeinen Blick auf diesen Bereich werfen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate lag in Belgien während der letzten 30 Jahre zwischen 6 und 10%. Dabei schwankt die Zahl von Jahr zu Jahr, wobei die Bewegungen nach oben und unten immer kleiner werden.

Insgesamt stellen wir aber keine grundlegende Veränderung fest. Und dies trotz etlicher Milliarden Euro Steuergelder, die in diesem Zeitraum über den Föderalstaat und die Gliedstaaten in unzählige Maßnahmen geflossen sind.

Und auch heute noch reden sich viele Politiker schön an all den Maßnahmen, die für mehr Beschäftigung sorgen sollen.

Doch vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage, der enormen Verschuldung der öffentlichen Hand, dem Finanzsystem mit all seinen Auswüchsen, wird immer offensichtlicher, dass die klassische Politik keine Antwort auf die Frage, wie wir es denn endlich zur Vollbeschäftigung schaffen. Insofern dieser Zustand denn von der klassischen Politik überhaupt angestrebt wird, möchte ich mal dahin gestellt lassen.

Fakt ist, dass nur eine grundsätzliche Veränderung in quasi allen Bereichen stattfinden muss, wenn sich auch grundsätzliches etwas ändern soll.

Ansonsten betreiben wir weiter Flickschusterei, wie heute mit diesem Dekret zu den LBAs.

Ja, die in dem heute hier vorliegenden Dekret empfohlenen Änderungen werden das System der LBAs auf dem Gebiet der DG vereinfachen. Alles andere hätte ja auch keinen Sinn ergeben.

Warum aber die Mehrheit und die Regierung nicht die Chance nutzen, so viel wie möglich Steuergelder einzusparen kann ich nicht nachvollziehen.

Dass dieser Bereich dem Arbeitsamt der DG übertragen wird macht Sinn.

Doch anstatt zu prüfen, wie noch räumliche und personelle Ressourcen, also Büros und Personal vom ADG hätten genutzt werden können, um die Aufgaben zu erfüllen, werden die rund 4 VZÄ auch am 1. Januar 2018 voraussichtlich für diesen Bereich beschäftigt bleiben. So zumindest die Aussage der Ministerin im Ausschuss.

Mit etwas gutem Willen wäre sicher Einsparpotential gefunden worden. Das Argument, dass die DG ja das Geld sowieso erhalte, können wir nicht annehmen.

Zwar behauptet der Ministerpräsident immer wieder, die Regierung drehe jeden Euro zweimal rum, doch in der Praxis können wir dies oft nicht erkennen, im Gegenteil.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Alain Mertes,

Vivant-Fraktion